

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Anzeigenstellen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, (Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklameseite anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewalt besteht kein Anspruch auf Einlegung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 23. Februar 1928 Nummer 46

Rüstet zu neuem Kampf!

Arbeitsaufnahme-Beschluß in Mitteldeutschland — Hilfsstellung für die Unternehmer — Gewaltige Empörung der Arbeiter — Urabstimmung verlangt

Kampfbereitschaft der Arbeiter

Halle, 23. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Mittwoch nachmittag beschloß die Bezirkskonferenz des DMB für das mitteldeutsche Streikgebiet mit 52 gegen 4 Stimmen, daß die freitenden Metallarbeiter auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruchs am Freitag früh die Arbeit aufnehmen müssen. Durch die reformistischen Organisationsmethoden war es den Sozialdemokraten gelungen, nur vier oppositionelle Kollegen zuzulassen. Der schändliche Abwürgungsbeschluß war schon vor der Konferenz auf einer Sitzung der erweiterten Bezirkskommission zweifellos im Einvernehmen mit dem Hauptverband des DMB gefaßt worden. Hauptakte, als Vertreter des Hauptverbandes, erklärte auf der Bezirkskonferenz, der Kampf ende mit einem moralischen Sieg, der nachher zu wertigen als der materielle Erfolg.

Halle, 23. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach der Bezirkskonferenz für das mitteldeutsche Streikgebiet trat eine Konferenz der Metallarbeiter der halleischen Betriebe zusammen, in der über die Abwürgung des Kampfes ungeheure Enttäuschung herrschte. Nach einer sehr erregten Diskussion, in der die Halle als Vertreter des Hauptverbandes mit allen Mitteln die Opposition niederzuknappen versuchte, wurde mit überwältigender Mehrheit gegen 15 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Die halleischen Funktionäre des DMB verurteilen aufs Schärfste die Abwürgung des Kampfes durch die heutige Bezirkskonferenz. Sie verlangen, daß die Entscheidung über den Abbruch oder die Fortführung des Kampfes allein von den Streikenden getroffen wird. Urabstimmung ist notwendig, damit die Fellei des Schlichtungsprozesses gesprengt werden kann. Wir verlangen ferner die Durchführung des Kampfes mit den schärfsten Mitteln in breiter und geschlossener Front. Durch den DMB muß die Arbeiterklasse gegen die Hungerlosmacherei des Trustkapitals mobilisiert werden. Sofortige Kampfesmaßnahmen, insbesondere durch Sympathiekreise in lebensnotwendigen Betrieben, sind notwendig. An die Solidartät und Sympathie der russischen Arbeiter ist der wärmste Appell zu richten. Die Unorganisierten müssen unterstützt und für die Gewerkschaften gewonnen werden. Die Forderungen sind auf den nächsten Tag zu erweitern. Mit der Schlichtungs- und Koalitionspolitik ist Schluss zu machen und rücksichtsloser Kampf gegen die Trustherren und ihre Regierung zu organisieren. Keine Kapitulation! Kampf bis zum Sieg!“

Kampf den Scharfmachern und den Niederlagenstrategen

Die sozialdemokratischen Niederlagenstrategen haben einen weiteren Gipfelpunkt ihrer Schande erreicht. Fast könnte man sagen, daß die sozialdemokratischen Führer im Solde der volksparteilichen Schwerindustriellen stehen. Gestern und vorgestern noch weiterten fast alle sozialdemokratischen Zeitungen heuchlerisch gegen den „unannehmlichen Schiedspruch“ und bewiesen den empörten Arbeitern unter dem Druck der Massenstimmung, daß der Kampf ohne juristische Bedenken weitergeführt werden kann, daß der Schiedspruch völlig ungenügend sei und die Arbeiter auf das schwerste enttäuschte. Heute schlugen sie plötzlich ihren eigenen Worten in das Gesicht, bezeichnen den Kampf gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch als ungesetzlich und Lügen um die Wette, daß der Kampf mit einem „großen moralischen Erfolg“ endete hat, daß die Arbeiterschaft mit dem Ergebnis „zufrieden“ sein kann.

Und schon sind die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorgane am Werk, um den ungebrochenen Kampfwillen und die Empörung der Arbeiter auf die sozialdemokratische Wahlmühle zu leiten. Die reformistische Zentralstreikleitung erläßt einen von hohlen Phrasen strotzenden Aufruf, in dem es heißt:

„Nur wenige Wochen und Monate trennen uns von der Wahl zum Reichstag. Wieder hat die Arbeiterschaft die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, daß in Bezug auf das Arbeitsrecht, das Tarifrecht und die Schlichtungsordnung, wie auf allen anderen Gebieten schlagende Änderungen herbeigeführt werden, damit mit der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft mehr wie bisher Raum gegeben wird. Zieht die gesamte Arbeiterschaft gerade aus dem Ausgang unserer Bewegung

diese Lehre, dann können wir, wenn wir auch einen vollen materiellen Erfolg bei diesem Kampf nicht buchen konnten, mit dem Ergebnis immerhin zufrieden sein.“

Der heutige Vormarsch verächtlich diesen Aufruf an der Spitze mit der infamen Ueberschrift: „Kampfkampf gegen Scharfmacher — die Lehre des mitteldeutschen Arbeitskampfes“. Die reformistischen Betrüger decken jetzt ihre unaufrichtigen Karten offen auf.

In den nächsten Wochen stehen die Berliner Werkzeugmacher vor dem Streik. In wenigen Wochen beginnen Nietenkämpfe von 4 Millionen deutscher Proletarier. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wollen dann ihr verbrecherisches Spiel wiederholen. Erst werden Forderungen aufgestellt und radikale Reden gehalten — dann kommen Schlichtungsverhandlungen mit einem Hunger-schiedspruch. Dann ermuntert die Sozialdemokratie den Reichsarbeitsminister, jeden Hunger-schiedspruch für verbindlich zu erklären und nach der Verbindlichkeitsklärung wird dann aus Achtung vor dem Geleiz im Interesse der deutschen Wirtschaft, im Interesse des Wiederaufbaues und der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ausbeuterrepublik, aus Angst um die preußischen Ministerposten und aus Liebe und Hoffnung zu den Ministerstühlen im Reich jeder Kampf brutal abgewürgt und die Arbeiter auf den „Reichstagswahlkampf gegen die Scharfmacher“

Banrott und Vormarsch

Antwort auf die Kommunistenhege der Dresdner Volkszeitung

bg. Die bedrohliche Lage für die Sozialdemokratie, die mehr und mehr durch die sich steigende Bewegung der breiten Massen gegen das Bürgerblock-Regime gezwungen wird, Farbe zu bekennen, wird durch die ungeschwehliche Kommunisten- und Arbeiterhege in der SPD-Presse signalisiert. Die besondere Rolle der „Linken“ als Zutreiber des Parteivorstandes gegen die rebellierenden Proletarier tritt dabei mehr und mehr in den Vordergrund. Ihr Dresdner Organ, die Volkszeitung, marschiert dabei an der Spitze. Die Dienstagnummer bietet dafür ein ebenso charakteristisches wie ekelhaftes Bild.

Zur selben Zeit, da die Metallkämpfe toben, da Millionen von Arbeitern mit Empörung das Fallbeil der Schlichtungs-guillotine auf die Köpfe der Hüttenarbeiter niederschauen sehen, zur selben Zeit, da die breiten Massen in Bewegung geraten und doppelte und dreifache Verantwortung auf allen lastet, die von Arbeitern mit Funktionen betraut worden sind, zeigt die VZ ihr „Verständnis“ für die Lage und Aufgabe der Arbeiterklasse. Sie bringt es fertig, auf der 1. Seite neben einem Artikel zum Krans-Projekt an der Spitze einen antiruss. Gehartikel aufzumachen, zu dem wir gestern Stellung nahmen, gleich darunter in zweispaltiger Aufmachung einen Artikel über Hamburg, der ebenso plump wie bewußt die tatsächliche Niederlage sozialdemokratischer Politik durch Kommunistenhege zu verdeutlichen sucht. Kommunistenhege enthält der Bericht, und auf der vorletzten Seite wird wieder die Antiruss-Propaganda geübt, und zwar wird ein vor Wochen bereits beantworteter schmutziger Depostich der Herren Erlipien und de Braudere von der 2. Internationale aufgewärmt. Wie ein roter Faden geht diese Kommunistenhege durch das ganze Blatt. Daß dies nicht aus „Liebe zur Wahrheit“, sondern aus geschändlich parteigekünstelten Motiven heraus geschieht, zeigt sich bei der aufmerksamen Betrachtung des „Hamburger Sozialdemokratie“ überstrichenen Artikels. Den parlamentarischen Kreisläufen ist es ob des in Hamburg erwiesenen sozialdemokratischen Stillstandes, der Rückgang bedeutet, und ob des kommunistischen Vormarsches etwas schmil geworden. Doppelt schmil deshalb, weil die empfindliche politische Ohrfeige, die die revolutionäre Hamburger Arbeiterschaft der SPD erteilt hat, zusammenfällt mit der Rettungsoption der SPD im Reichstag für den Bürgerblock durch Duldung der Durchpeitschung des Hindenburg-Notprogramms. Die Dresdner Volkszeitung sagt dazu nichts, daß trotz sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit die SPD die Koalition mit Demokraten und Volkspartei aufrecht erhält. Im Gegenteil, sie stellt schmunzelnd fest:

„Die Regierungskoalition hat noch vier Sitze gewonnen und beinahe die Zweidrittelmehrheit. Sie dürfte wieder die Regierung bilden.“

Worin unterscheidet sich diese „Ausnutzung des Parlamentarismus“ für die Arbeiterinteressen von der „Theorie“ der Sozialdemokraten um Seifke, Heib und Konfort? Wenn das auch nicht die sozialdemokratischen Redakteure beantworten wollen, so müssen sie doch die Antwort der Arbeiter registrieren. Wie sie es machen, dafür das Beispiel in dem Artikel. Dort heißt es:

Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmengahl behältten, hat aber nicht vermocht, neue Stimmen zu gewinnen oder einen Teil der kommunistischen Wähler zu erobern. An-

vertröstet. Dann aber wird selbst der Wahlkampf Arm in Arm mit Deutscher Volkspartei, Demokraten und Zentrum gegen die kommunistischen Arbeiter geführt. Das ist gerade die Lehre aller bisherigen, besonders der Hamburger Wahlen.

Die Sozialdemokratie hat sich mit der Schwerindustrie offen gegen das revolutionäre Proletariat verbündet, hat sich auf den Boden des Hindenburgbriefes gestellt und will den deutschnationalen Großagrariern neue Mittel zuschanzen. Sie verhandelt in Preußen mit dem Vatikan über das Konkordat nach dem Vorbild von Bayern. Sie ist ein stinkender Sumpf des Arbeiterverrats, aus dem sich alle deutschen Arbeiter lösen und befreien müssen, wenn sie nicht in wirtschaftlichem Elend und politischer Knechtschaft vollständig versinken wollen.

Jetzt muß in allen Betrieben und Gewerkschaften Alarm geschlagen werden.

Mit Hochdruck muß die Arbeiterschaft für die kommenden großen Tariffkämpfe rüsten. Den Niederlagenstrategen muß sie schon jetzt das Handwerk legen, weitere Abwürgungsversuche verhindern und alle Maßnahmen festlegen, die einen rücksichtslosen Kampf gegen die Unternehmertreue, den Schlichtungszwang, die Bürgerblock- und Koalitionspolitik garantieren. Das ist die erste Lehre aus dem mitteldeutschen Kampf. Die zweite aber lautet: Das deutsche Proletariat hat in allen seinen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen nur einen einzigen ehrlichen und mutigen Führer, das ist die kommunistische Partei.

berseits hat die kommunistische Partei ihre Stimmengahl vom Oktober 1927 um 4000 Stimmen vermehrt. Die Hamburger Sozialdemokratie hatte eher an ein ungünstigeres Ergebnis geglaubt — aber stärker als die ungläubliche politische Haltung der Kommunisten bei den Verhandlungen über die Bildung eines Arbeiterrates wirkten die sozialen Verhältnisse. Viele tausend Arbeitslose sind aus Arbeitslosenunterstützung und Reiseunterstützung ausgespart und der Wohlfahrtspflege anheimgegeben. Das weist so starke Empörung, daß sie sich in untristischer Stellungnahme entscheidet. Auch die reaktionären Kräfte des Scharfmachertums in der Metallindustrie haben bei vielen Arbeitern an die Stelle ernter politischer Ermüdung die unpolitische Scheinradikale Erregung gesetzt, die sie zu Agitationsobjekten für die Kommunisten macht.

Diese Ausführungen sind nichts als das mit Kommunistenhege verhält.

Eingekündnis des politischen Banrotts.

Das Erregung über die sozialen Verhältnisse, Erwerbslosenunterstützungsentziehung und „Wohlfahrtspflege“ die Massen zu den Kommunisten treiben, entgegen den Erwartungen der Sozialdemokraten, beantworteten sie mit Beschimpfungen der Massen. Wer aber legt das Maß an, was „untristlich“ und „unpolitisch“ ist? Sind das nicht dieselben Töne, mit denen Bürgertum und Antisozialisten in Sachsen die Bildung von proletarischen Mehrheiten in Kommunen und anderen Körperschaften beantworteten? Oder ist es nicht richtiger, festzustellen, daß die sozialen Verhältnisse Ursache von der Koalitionspolitik und Zerstörung von bürgerlich-parlamentarischen Institutionen und dadurch Steigerung der politischen Aktivität bei den Massen hervorruft? Und ist es nicht ein Zeichen beginnender politischer Reife, wenn die Massen angesichts der Folgen der kapitalistischen Rationalisierung, des Bürgerblock-Regimes, der Metallarbeiterausperrung und der Schlichtungsquillotine zu den Lösungen des revolutionären Klassenkampfes greifen? Ja, und nochmals ja. Daß dieser beginnende Reifeprozess die Massen zu den Kommunisten strömen läßt und sie zur Abkehr von der, mit einem riesigen Organisationsapparat arbeitenden Sozialdemokratie zwingt, hat ebenso objektive Ursachen.

Warum gewannen nicht die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer angesichts der drohenden Aussperrung Tausende neuer Stimmen proletarischer Wähler, warum wanderten 4000 neue Arbeiterwähler zu den Kommunisten? Weil die Massen die Mitverantwortung der Sozialdemokratie an der Entwürdigung der Verhältnisse zu verstehen beginnen und weil in dieser Zeit der verschärften Kapitaloffensive mehr und mehr die Erkenntnis sich Bahn brechen muß, daß die Erbin der besten revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterbewegung nicht die koalitionsversessene, im Parlamentarismus verhaftete, arbeitergemeinschaftliche Sozialdemokratie, sondern einzig und allein die kommunistische Partei ist.

Und die kommunistische Partei duldet nicht mit lächerlichen Versprechungen um diese Stimmen, denn dies wäre der Schiller von Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin unumwidlich, nein, sie erklärt deutlich allen, die es hören wollen, daß nicht auf parlamentarischen Wege, sondern nur durch ererbten revolutionären